

Spezial-Synopse

Revision Inkassohilfe- und Bevorschussungsgesetz

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 16. September 2025; Vorlage Nr. 3996.2 (Laufnummer 18343)	[M10K1] Antrag der vorberatenden Kommission vom 16. Januar 2026; Vorlage Nr. 3996.3 (Laufnummer 18501)
	Gesetz über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (Inkassohilfe- und Bevorschussungsgesetz, InkBG)	
	<i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i> in Ausführung der Art. 290 und 293 Abs. 2 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907[SR 210] sowie gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894[BGS 111.1], <i>beschliesst:</i>	
	I.	
	Der Erlass BGS 213.711 , Gesetz über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (Inkassohilfe- und Bevorschussungsgesetz) vom 29. April 1993 (Stand 1. Januar 2013), wird wie folgt geändert:	
Gesetz über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (Inkassohilfe- und Bevorschussungsgesetz)	Titel (geändert) Gesetz über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (Inkassohilfe- und Bevorschussungsgesetz, <u>InkBG</u>)	
Der Kantonsrat des Kantons Zug, in Ausführung der Art. 290 und 293 Abs. 2 des	Ingress (geändert) Der Kantonsrat des Kantons Zug,	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 16. September 2025; Vorlage Nr. 3996.2 (Laufnummer 18343)	[M10K1] Antrag der vorberatenden Kommission vom 16. Januar 2026; Vorlage Nr. 3996.3 (Laufnummer 18501)
Schweizerischen Zivilgesetzbuches[SR 210] sowie gestützt auf § 41 Bst. b der Kantonsverfassung[BGS 111.1], beschliesst:	in Ausführung der Art. 290 und 293 Abs. 2 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907[SR 210] sowie gestützt auf § 41 Bst. b der KantonsverfassungVerfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894[BGS 111.1], beschliesst:	
1. Inkassohilfe	Titel am Anfang des Dokuments (geändert) <u>1. InkassohilfeAllgemeines</u>	
<p>§ 1 Grundsätze</p> <p>¹ Die zuständige Gemeinde leistet Hilfe beim Inkasso von familienrechtlichen Unterhaltsbeiträgen.</p> <p>² Die Hilfe erfolgt in geeigneter und angemessener Weise, insbesondere durch Beratung, Vermittlung und Einleitung notwendiger betreibungsrechtlicher Schritte.</p>	<p>§ 1 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (aufgehoben) <u>GrundsätzeZuständigkeit (Überschrift geändert)</u></p> <p>¹ Die zuständige Gemeinde leistet Hilfe beim Inkasso <u>von familienrechtlichen Unterhaltsbeiträgen nach diesem Gesetz leistet:</u></p> <p>a) (neu) der Kanton bei Fällen gemäss dem internationalen Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland vom 20. Juni 1956 (New Yorker Übereinkommen) [SR 0.274.15];</p> <p>b) (neu) der Kanton bei in § 12^{bis} des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz, SHG)[BGS 861.4] genannten Personen;</p> <p>c) (neu) die zuständige Gemeinde in den übrigen Fällen.</p> <p>² Aufgehoben.</p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 16. September 2025; Vorlage Nr. 3996.2 (Laufnummer 18343)	[M10K1] Antrag der vorberatenden Kommission vom 16. Januar 2026; Vorlage Nr. 3996.3 (Laufnummer 18501)
³ Die Hilfe ist für Unterhaltsberechtigte unentgeltlich.	³ Aufgehoben.	
<p>§ 2 Organisation</p> <p>¹ Der Regierungsrat bezeichnet eine Inkassostelle, an die Hilfesuchende sich unmittelbar wenden können. Die zuständige Gemeinde kann diese Stelle mit der Hilfeleistung beauftragen.</p> <p>² Der Regierungsrat kann der Inkassostelle die dem Kanton aus internationalen Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen erwachsenden Aufgaben und Befugnisse übertragen.</p>	<p>§ 2 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)</p> <p>¹ Der Regierungsrat bezeichnet <u>mindestens</u> eine Inkassostelle, an die Hilfesuchende sich unmittelbar wenden können. <u>Fachstelle.</u> Die zuständige Gemeinde kann <u>Gemeinden und der Kanton beauftragen diese Stelle in den Bereichen des Inkassos und der Bevorschussung mit der Hilfeleistung beauftragen.</u></p> <p>² <u>Der Regierungsrat kann der Inkassostelle die dem Kanton aus internationalen Übereinkommen über Die Hilfesuchenden wenden sich direkt an die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen erwachsenden Aufgaben und Befugnisse übertragen</u> <u>Fachstelle.</u></p> <p>³ Die Fachstelle stellt der Gemeinde oder dem Kanton einen Antrag zur Gewährung oder Ablehnung der Bevorschussung. Die Gemeinde oder der Kanton erlässt die entsprechende Verfügung.</p>	<p>§ 2 Abs. 1 (geändert)</p> <p>¹ Der Regierungsrat bezeichnet <u>mindestens</u> eine Fachstelle. Die Gemeinden und der Kanton beauftragen diese in den Bereichen des Inkassos und der Bevorschussung mit der Hilfeleistung.</p>
		<p>§ 2a (neu) Aufsicht</p> <p>¹ Die Fachstelle wird durch eine Verwaltungskommission beaufsichtigt.</p> <p>² Der Regierungsrat definiert deren Zusammensetzung und Aufsichtspflichten.</p>
<p>§ 3 Akteneinsicht und Strafantragsrecht</p>	<p>§ 3 Abs. 1 (geändert)</p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 16. September 2025; Vorlage Nr. 3996.2 (Laufnummer 18343)	[M10K1] Antrag der vorberatenden Kommission vom 16. Januar 2026; Vorlage Nr. 3996.3 (Laufnummer 18501)
¹ Die Inkassostelle und die mit der Inkassohilfe betrauten gemeindlichen Amtsstellen verfügen über das Einsichtsrecht in die Akten der unterhaltsberechtigten Personen sowie über das Strafantragsrecht im Sinne von Art. 217 Ziff. 2 des Schweizerischen Strafgesetzbuches[SR 311.0].	¹ Die Inkassostelle Fachstelle und die mit der Inkassohilfe und der Bevorschussung betrauten gemeindlichen -Amtsstellen verfügen über das Einsichtsrecht in die Akten der unterhaltsberechtigten Personen sowie über das Strafantragsrecht im Sinne von Art. 217 Ziff. 2 <u>Art. 217 Abs. 2</u> des Schweizerischen Strafgesetzbuches[SR 311.0].	
	Titel nach § 3 (neu) <i>1a Inkassohilfe</i>	
	§ 3a (neu) Gegenstand ¹ Die Hilfe erfolgt in geeigneter und angemessener Weise, insbesondere durch Beratung, Vermittlung und Einleitung notwendiger betriebsrechtlicher Schritte.	
§ 4 Gegenstand und Umfang ¹ Kommt die unterhaltspflichtige Person ihrer Verpflichtung nicht oder nur ungenügend nach, bevorschusst die zuständige Gemeinde die im richterlichen Entscheid oder im vormundschaftlich genehmigten Unterhaltsvertrag festgelegten Unterhaltsbeiträge: a) für das erste und das zweite Kind je bis zum Betrag von Fr. 1 070.– pro Monat; d) für Erwachsene mit Kindern im Alter von weniger als 18 Jahren bis zum Betrag von Fr. 1 430.– pro Monat.	§ 4 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert) ¹ Kommt die unterhaltspflichtige Person ihrer Verpflichtung nicht oder nur ungenügend nach, bevorschusst die zuständige Gemeinde <u>oder der Kanton</u> die im richterlichen Entscheid oder im vormundschaftlich <u>von der Kindes- und Erwachsenenschutz-</u> behörde genehmigten Unterhaltsvertrag festgelegten Unterhaltsbeiträge: a) (geändert) für das erste und das zweite Kind je bis zum Betrag von Fr. 4 070 <u>1362</u> .– pro Monat; d) (geändert) für Erwachsene mit Kindern im Alter von weniger als 18 Jahren bis zum Betrag von Fr. 4 430 <u>1818</u> .– pro Monat.	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 16. September 2025; Vorlage Nr. 3996.2 (Laufnummer 18343)	[M10K1] Antrag der vorberatenden Kommission vom 16. Januar 2026; Vorlage Nr. 3996.3 (Laufnummer 18501)
² Bevorschusst werden laufende Unterhaltsbeiträge sowie solche, die nicht länger als zwei Monate vor Einreichung des Gesuchs fällig geworden sind.	² Bevorschusst werden laufende Unterhaltsbeiträge sowie solche, die nicht länger als zwei vier Monate vor Einreichung des Gesuchs fällig geworden sind.	
<p>§ 6 Günstige Verhältnisse</p> <p>¹ Günstige wirtschaftliche Verhältnisse im Sinne von § 5 Bst. a liegen in der Regel vor, wenn das steuerbare Einkommen oder das Reinvermögen folgende Beträge übersteigt:</p> <p>a) Fr. 42 730.– beim unverheirateten oder in getrennter Ehe lebenden obhutsberechtigten Elternteil;</p> <p>b) Fr. 51 270.– beim in ungetrennter Ehe oder in eingetragener Partnerschaft lebenden obhutsberechtigten Elternteil.</p>	<p>§ 6 Abs. 1 (geändert)</p> <p>¹ Günstige wirtschaftliche Verhältnisse im Sinne von § 5 Bst. a liegen in der Regel vor, wenn das steuerbare Einkommen oder das <u>steuerrechtliche</u> Reinvermögen folgende Beträge übersteigt:</p> <p>a) (geändert) Fr. 42-73054'220.– beim unverheirateten oder in getrennter Ehe lebenden obhutsberechtigten Elternteil;</p> <p>b) (geändert) Fr. 51-27065'050.– beim in ungetrennter Ehe oder in eingetragener Partnerschaft lebenden obhutsberechtigten Elternteil.</p>	
<p>§ 7^{bis} Anpassung an die Lohn- und Preisentwicklung</p> <p>¹ Der Regierungsrat kann die Höchstbeträge für die Bevorschussung nach § 4 Abs. 1 sowie die Einkommens- und Vermögensgrenzen nach § 6 periodisch der Lohn- und Preisentwicklung anpassen. Er stützt sich dabei in der Regel auf den Rentenindex gemäss Art. 33^{ter} des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)[SR 831.10], (Basis: Indexstand am 1. Januar 1997 = 180,9 Punkte).</p>	<p>§ 7^{bis} Abs. 1 (geändert)</p> <p>¹ Der Regierungsrat kann<u>passt</u> die Höchstbeträge für die Bevorschussung nach § 4 Abs. 1 sowie die Einkommens- und Vermögensgrenzen nach- § 6 periodisch der Lohn- und Preisentwicklung anpassen<u>an</u>. Er stützt sich dabei in der Regel auf den Rentenindex gemäss Art. 33^{ter} des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)[SR 831.10], (Basis: Indexstand am 1. Januar 1997 = 180,9 Punkte).</p>	
<p>§ 8 Einforderung der Vorschüsse</p>	<p>§ 8 Abs. 2 (geändert)</p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 16. September 2025; Vorlage Nr. 3996.2 (Laufnummer 18343)	[M10K1] Antrag der vorberatenden Kommission vom 16. Januar 2026; Vorlage Nr. 3996.3 (Laufnummer 18501)
<p>² Die zuständige Gemeinde fordert die Vorschüsse bei der unterhaltspflichtigen Person ein. Sie kann die Inkassostelle (§ 2 Abs. 1) mit dieser Aufgabe betrauen.</p>	<p>² Die zuständige Gemeinde fordert die Vorschüsse bei der unterhaltspflichtigen Person ein. Sie kann einzufordern. Die zuständige Gemeinde oder der Kanton betraut die Inkassostelle<u>Fachstelle</u> (§ 2 Abs. 1) mit dieser Aufgabe betrauen.</p>	
<p>§ 9 Rückerstattung</p> <p>² Rückerstattungsforderungen sind mit fünf Prozent pro Jahr seit Entstehung zu verzinsen. Sie erlöschen 25 Jahre nach Gewährung der Vorschüsse.</p>	<p>§ 9 Abs. 2 (geändert)</p> <p>² Rückerstattungsforderungen<u>Nur Vorschüsse, die durch unwahre oder unvollständige Angaben erwirkt wurden, sind mit fünf Prozent pro Jahr seit Entstehung zu verzinsen</u><u>Zins zurückzuerstatten. Der Zinssatz richtet sich nach Art. 104 Abs. 1 des Bundesgesetzes betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht)</u><u>[SR 220]. Sie</u><u>Die Rückerstattungsforderungen</u> erlöschen 25 Jahre nach Gewährung der Vorschüsse.</p>	
<p>§ 11 Kostentragung</p> <p>¹ Soweit die Kosten aus der Bevorschussung nicht bei der unterhaltspflichtigen Person eingebracht werden können, sind sie wie folgt zu tragen:</p> <p>a) die in Anwendung von internationalen Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen bei der Inkassostelle (§ 2 Abs. 1) anfallenden Kosten durch den Kanton;</p>	<p>§ 11 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)</p> <p>¹ Soweit die <u>in Anwendung dieses Gesetzes entstehenden Kosten aus der Bevorschussung</u> nicht bei der unterhaltspflichtigen Person eingebracht werden können, sind sie wie folgt <u>durch die zuständige Gemeinde oder den Kanton zu tragen: (§ 1 Abs. 1).</u></p> <p>a) Aufgehoben.</p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 16. September 2025; Vorlage Nr. 3996.2 (Laufnummer 18343)	[M10K1] Antrag der vorberatenden Kommission vom 16. Januar 2026; Vorlage Nr. 3996.3 (Laufnummer 18501)
<p>b) die Bevorschussungskosten sowie die in Anwendung dieses Gesetzes bei der Inkassostelle (§ 2 Abs. 1) entstehenden Kosten durch die zuständigen Gemeinden.</p> <p>² Die Beteiligung der einzelnen Gemeinden an den Kosten der Inkassostelle (§ 2 Abs. 1) erfolgt nach Massgabe der Inkassofälle aus ihrem Zuständigkeitsbereich.</p>	<p>b) Aufgehoben.</p> <p>² <u>Die Beteiligungskosten der einzelnen Gemeinden an Fachstelle werden von den Kosten der Inkassostelle (§ 2 Abs. 1) erfolgt nach Massgabe der Inkassofälle aus ihrem Zuständigkeitsbereich Gemeinden und dem Kanton getragen. Der Regierungsrat regelt die Ausgestaltung.</u></p> <p>³ Der Regierungsrat regelt die Finanzierung der weiteren Kosten der Alimentenhilfe.</p>	
	<p>§ 11a (neu) Unentgeltlichkeit der Leistungen</p> <p>¹ Im Bereich der Inkassohilfe sind die Leistungen der Fachstelle für Unterhaltsbeiträge für Kinder immer unentgeltlich. Bei anderen berechtigten Personen kann eine Kostenbeteiligung verlangt werden, wenn günstige wirtschaftliche Verhältnisse gemäss § 6 vorliegen.</p> <p>² In Bevorschussungsfällen ist die Hilfe für alle Unterhaltsberechtigte unentgeltlich.</p>	
4. Schlussbestimmungen	<p>Titel nach § 11a 4. (aufgehoben)</p>	
<p>§ 12 Aufhebung bisherigen Rechts</p>	<p>§ 12 Aufgehoben.</p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 16. September 2025; Vorlage Nr. 3996.2 (Laufnummer 18343)	[M10K1] Antrag der vorberatenden Kommission vom 16. Januar 2026; Vorlage Nr. 3996.3 (Laufnummer 18501)
¹ Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden die §§ 32 ^{ter} und 32 ^{quater} des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911[GS 21, 131], in der Fassung vom 11. Mai 1978, aufgehoben.		
§ 13 Änderung bisherigen Rechts ¹ Die Strafprozessordnung für den Kanton Zug vom 3. Oktober 1940[Die Änderung wurde in der Strafprozessordnung (§ 6 ^{bis}) eingebaut und wird hier nicht abgedruckt.] wird wie folgt geändert:	§ 13 Aufgehoben.	
§ 14 Inkrafttreten ¹ Dieses Gesetz tritt unter dem Vorbehalt des Referendums gemäss § 34 der Kantonsverfassung am 1. Juli 1993 in Kraft.	§ 14 Aufgehoben.	
	II.	
	<i>Keine Fremdänderungen.</i>	
	III.	
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>	
	IV.	
	Diese Änderungen treten nach unbenutzter Referendumsfrist (§ 34 Abs. 2 der Kantonsverfassung[BGS 111.1]) oder nach der Annahme durch das Stimmvolk nach der Veröffentlichung im Amtsblatt an dem vom	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 16. September 2025; Vorlage Nr. 3996.2 (Laufnummer 18343)	[M10K1] Antrag der vorberatenden Kommission vom 16. Januar 2026; Vorlage Nr. 3996.3 (Laufnummer 18501)
	Regierungsrat bestimmten Zeitpunkt in Kraftt[Inkraft-treten am ...].	
	<p>Zug,</p> <p>Kantonsrat des Kantons Zug</p> <p>Der Präsident Stefan Moos</p> <p>Die stv. Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart</p> <p>Publiziert im Amtsblatt vom</p>	